



Der Vorsitzende des  
Ausschusses für Mobilität  
der Stadtverordnetenversammlung  
Amt der Stadtverordnetenversammlung  
E-mail: [stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de](mailto:stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de)  
Rathaus-Schlossplatz 6-65183 Wiesbaden  
Telefon (0611) 31-3738  
Telefax (0611) 31-3902  
Sachbearbeiter: Herr Baldus  
E-mail: [Johannes.Baldus@wiesbaden.de](mailto:Johannes.Baldus@wiesbaden.de)

Wiesbaden, 05.06.2025

1. Den Mitgliedern des  
Ausschusses für Mobilität
2. Den Fraktionen
3. Dem Magistrat
4. Nachrichtlich  
Herrn Stadtverordnetenvorsteher

## Einladung

zur öffentlichen Sitzung  
des Ausschusses für Mobilität  
am Donnerstag, 12. Juni 2025, um 17:00 Uhr,  
Rathaus, Raum 22 (EG), Schlossplatz 6, Wiesbaden

- Vor Eintritt in die Tagesordnung findet eine Bürgerfragestunde statt -

## Tagesordnung I

1. Genehmigung der Niederschrift vom 08.05.2025
2. 25-A-81-0005  
Baustellenplanung Sommer 2025  
Berichterstattung durch Dezernat V
3. 25-F-63-0028  
Sachstand Auffahrtsspindel Kaiserbrücke  
- Antrag der Fraktionen Volt, Bündnis 90/Die Grünen, SPD und Die Linke vom 29.04.2025 -  
Sachstandsbericht durch Dezernat V

#### 4. 25-F-22-0062

##### **Konzept zur Regelung des Gehwegparkens und Verbesserung der Parksituation für Anwohner in Wiesbaden**

- Antrag der Fraktionen CDU und FDP vom 04.06.2025 -

Das halbhüftige Parken auf Gehwegen hat in Teilen von Wiesbaden bereits zu Konflikten zwischen Autofahrern, Fußgängern und mobilitätseingeschränkten Personen geführt. Unter anderem in Schierstein und Biebrich wurden Strafzettel für seit Jahren geduldetes halbhüftiges Parken verteilt. Diese neue Praxis erfolgte ohne Einbeziehung der Anwohner, die von der Maßnahme überrascht wurden. Das Verkehrsdezernat sah als einzige Lösung das Parken auf der Fahrbahn vor. In den dortigen engen Straßen blieben dadurch zwar die Bürgersteige frei, aber die Straßen wurden so eng, dass Rettungswagen oder die Müllabfuhr kaum noch durchkamen. Alternative Parkmöglichkeiten wurden nicht geschaffen.

Das Verkehrsdezernat hat bereits angekündigt, dass das halbhüftige Parken künftig auch in anderen Teilen Wiesbadens geahndet werden soll.

Die bisherige Kontrolle und Ahndung im Rahmen dieser Praxis stößt insbesondere bei den betroffenen Anwohnern auf Kritik. Erfahrungen aus anderen Städten, wie Mainz, zeigen, dass konsequente Maßnahmen zur Verkehrsregelung mit begleitenden sozialen Ausgleichsmechanismen und Schaffung von Ersatzparkraum notwendig sind.

Auch in Wiesbaden muss es möglich sein, eine für alle Verkehrsteilnehmer zufriedenstellende Lösung zu finden. Die Barrierefreiheit und Verkehrssicherheit auf den Gehwegen muss gewährleistet sein. Gleichzeitig soll dort, wo der Gehweg eine ausreichende Breite für Fußgänger, Rollatoren und Kinderwagen bietet, das halbhüftige Parken ermöglicht werden. Außerdem müssen vor der Maßnahme ausreichend legale Parkmöglichkeiten für Anwohner geschaffen werden. Ist das Parken auf der Fahrbahn die Lösung für diesen Bereich, muss das Parken auf der Fahrbahn so geregelt werden, dass die Durchfahrt für Müllabfuhr, Krankenwagen und Feuerwehr jederzeit problemlos möglich ist. Darüber hinaus ist eine transparente und frühzeitige Kommunikation und Beteiligung der Anwohner und Ortsbeiräte erforderlich.

Der Ausschuss für Mobilität möge daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

- a) zu berichten, in welchen Bereichen Wiesbadens das halbhüftige Parken zu Problemen führt;
- b) ein umfassendes Konzept zur Regelung des Gehwegparkens und zur Verbesserung der Parksituation für Anwohner in Wiesbaden zu erarbeiten und dem Mobilitätsausschuss vorzulegen. Das Konzept soll insbesondere die Herstellung der Verkehrssicherheit der Gehwege, die Ermöglichung des halbhüftigen Gehwegparkens, die Sicherstellung der Erreichbarkeit durch Rettungsdienste und Müllabfuhr sowie eine transparente und frühzeitige Kommunikation und Beteiligung der Anwohner und Ortsbeiräte beinhalten.

#### 5. 25-F-63-0040

##### **Entwicklung des Radverkehrs in Wiesbaden**

- Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke und Volt vom 04.06.2025 -

Im Fahrradklima Test des ADFC fand man Wiesbaden in den Jahren 2014, 2016 und 2018 dauerhaft auf dem letzten Platz des spezifischen Städterankings, was unserer Stadt in der öffentlichen Berichterstattung zwischenzeitlich den Titel der „fahrradunfreundlichsten Stadt Deutschlands“ eingebracht hat.

Seitdem ist viel passiert:

Im September 2018 wurde das Wiesbadener Radbüro als zentrale Anlaufstelle gegründet und mit der Förderung des Radverkehrs beauftragt. 2020 erfolgte mit der Einrichtung der Umweltspur ein wichtiger Meilenstein im Aufbau des Verkehrsnetzes

Im November 2022 hat die Kooperation Eckpfeiler für die Qualitätsstandards der Wiesbadener Radverkehrsinfrastruktur beschlossen.

Seitdem wurde weiter an der Wiesbadener Radverkehrsinfrastruktur gearbeitet und wichtige Lücken im Radverkehrsnetz geschlossen. Zur weiteren Entwicklung möchten wir einen aktuellen Status Quo erfragen.

Der Ausschuss für Mobilität möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, in einer der nächsten Sitzungen die Machbarkeitsstudie zum Radschnellweg Wiesbaden - Frankfurt vorzustellen.

Der Magistrat wird gebeten zu berichten,

1. welche Projekte im Radverkehr sowie welche Radverkehrsanlagen seit 2022 neu eingerichtet, bzw. erneuert wurden.
2. wie sich der Radverkehr in Wiesbaden in den letzten Jahren in Zahlen entwickelt hat?
3. wie, aus Sicht des Radbüros, der aktuelle Stand des Wiesbadener Radverkehrsnetzes in seiner Vollständigkeit zu beurteilen ist und was die wichtigsten Lücken sind, die noch geschlossen werden müssen.
4. welche Entwicklungspotenziale, insbesondere für neue Zielgruppen (wie z. B. Senioren), und Anforderungen die E-Mobilität für den Radverkehr mit sich bringen.
5. welche Erkenntnisse aus der Smart City Themenwoche "fahrRAD" gewonnen werden konnten.
6. welche Projekte zur Förderung und Steigerung der Fahrradmobilität in Wiesbaden zukünftig geplant sind?
7. wie die Bevölkerung in die Planung neuer Radverkehrsprojekte eingebunden wird?

## 6. 25-F-63-0042

### ScanCars für mehr Fairness beim Parken

- Antrag der Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke und Volt vom 04.06.2025 -

Anfang 2025 waren in Wiesbaden 1.319 Kraftfahrzeuge mehr gemeldet als im Jahr zuvor. Der Druck auf den endlichen Parkraum wächst. Der begrenzte, öffentliche Parkraum in den Quartieren ist daher reglementiert - sei es über den Preis (bei bewirtschafteten Parkplätzen) oder Parkgenehmigungen (z. B. in der Form eines kostenpflichtigen Bewohner- parkausweises). Es ist eine Frage der Fairness und Gerechtigkeit, dass diese Regeln auch durchgesetzt werden - besonders im Interesse derjenigen, die sich entsprechende Parktickets oder Genehmigungen kaufen. Auch der Einzelhandel an bewirtschafteten Straßen profitiert davon, wenn Kurzzeitparkplätze auch tatsächlich nur für kurze Zeit belegt werden. Ein höherer Durchsatz erlaubt mehr Kunden und erhöht die Wahrscheinlichkeit, dass Kundinnen und Kunden auch einen Parkplatz bekommen.

In einigen europäischen Staaten bereits Standard, laufen bzw. laufen in Deutschland bereits Tests mit sog. "Scan-Autos" zur Parkraumüberwachung.<sup>1</sup>

---

<sup>1</sup> Hamburg: ["Scan Cars" gegen Falschparker: Hamburgs Pläne müssen warten | NDR.de - Nachrichten](#)

Berlin: [Berlin testet digitale Parkraumüberwachung mit Scancars | heise online](#)

Stuttgart: [Stuttgart: Scan-Autos überwachen Falschparker nun auch auf deutschen Straßen - DER SPIEGEL](#)

Scanfahrzeuge mit Kameras auf dem Dach fahren durch die Straßen und können im Vorbeifahren anhand des Kennzeichens in Echtzeit feststellen, ob eine gültige Parkerlaubnis vorliegt oder gegebenenfalls entsprechende Verwarnungen erstellen. Die Anzahl an kontrollierten Fahrzeugen kann so - das zeigen Erfahrungen aus den Pilotprojekten und aus dem Einsatz aus anderen Ländern - bei gleichem Personalbestand um Faktor 10 bis 20 gesteigert werden.<sup>2</sup>

Noch fehlt in Deutschland auf Bundes- oder Landesebene die Rechtsgrundlage zum Einsatz solcher Autos, entsprechende Debatten laufen bereits.<sup>3</sup> Damit ein Scanfahrzeug die Parkraumkontrolle wirksam unterstützen kann, müssen auf kommunaler Ebene rechtzeitig die technischen und organisatorischen Grundlagen gelegt werden. Um möglichst zeitnah nach der rechtlichen Klärung starten zu können, sollten diese schon parallel in Angriff genommen werden.

Der Ausschuss für Mobilität möge beschließen:

1. Der Magistrat wird gebeten,
2. zu erläutern, wie der Magistrat den Einsatz ScanCars bewertet und welche Einsatzoptionen in Wiesbaden dazu geeignet erscheinen,
3. zu erläutern, welche organisatorischen, datenschutzrechtlichen und technischen Voraussetzungen auf kommunaler Ebene erfüllt sein müssen, um den Einsatz effektiv zu ermöglichen,
4. erweiterte Bedarfe für die Vorbereitung aus BP 2, falls sie entstehen, rechtzeitig anzumelden,
5. darzulegen, wie die Bearbeitung der mit der höheren Effizienz einhergehenden, etwaigen Steigerung der geahndeten Parkverstöße gewährleistet werden kann.

## 7. 25-F-63-0041

### **Abschließbare Fahrradcontainer - ein Beitrag zur Mobilitätswende**

- Antrag der Fraktionen Volt, Bündnis 90/Die Grünen, SPD und Die Linke vom 04.06.2025 -

In dicht besiedelten Quartieren Wiesbadens fehlen häufig diebstahlsichere und witterungsgeschützte Abstellmöglichkeiten für Fahrräder, insbesondere für hochwertige Fahrräder, E-Bikes und Pedelecs. In Wiesbaden ist jedes fünfte Fahrrad ein E-Bike.<sup>4</sup> Fahrradbügel allein reichen oft nicht aus, zumal vielen Haushalten geeignete Abstellräume fehlen.

Abschließbare Fahrradcontainer bieten eine sinnvolle Ergänzung zur bestehenden Fahrradinfrastruktur. Sie erhöhen den Diebstahlschutz und die Nutzungsbereitschaft, fördern den Umstieg vom Auto zum Fahrrad und verbessern die Aufenthaltsqualität im öffentlichen Raum.

Projekte anderer Städte verdeutlichen die Wirksamkeit solcher Maßnahmen. Hamburg beispielsweise hat ein einjähriges Pilotprojekt für Radboxen im Quartier durchgeführt.<sup>5</sup>

Im Kontext der Verkehrswende ist eine sichere und komfortable Infrastruktur für Fahrradabstellmöglichkeiten eine zentrale Voraussetzung für einen höheren Radverkehrsanteil. Sichere und wettergeschützte Abstellmöglichkeiten sind entscheidende Faktoren für die Entscheidung, das Fahrrad im Alltag zu nutzen.<sup>6</sup>

---

<sup>2</sup> [Falschparker: Neuartige Scan-Autos kontrollieren 20-mal mehr Fahrzeuge - Golem.de](#)

<sup>3</sup> [Datenschutz - Gesetzesvorschlag: „Scan Cars“ gegen Falschparker - Wirtschaft - SZ.de](#)

<sup>4</sup> [Neue „Modal-Split“-Zahlen: Wiesbadenerinnen und Wiesbadener öfter zu Fuß und per Rad unterwegs, Autoverkehrsanteil sinkt | Landeshauptstadt Wiesbaden](#)

<sup>5</sup> [Radparken im Quartier | Radkultur Hamburg](#)

<sup>6</sup> [Einflussgrößen und Motive der Fahrradnutzung im Alltagsverkehr.](#)

Eine einfache Fahrradsicherung und ein leichter Zugang zum Stellplatz zu Hause sind relevante Faktoren für den Besitz und die Nutzung von Pedelecs im Alltag.<sup>7</sup>

Ein Pilotprojekt zur Einrichtung abschließbarer Fahrradcontainer in geeigneten Quartieren in Wiesbaden kann wichtige Erkenntnisse zu Bedarf, Akzeptanz und Standorttauglichkeit liefern und als Grundlage für ein nachgelagertes Konzept dienen.

Der Ausschuss für Mobilität möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, zu prüfen und zu berichten,

1. wie in dicht bebauten Quartieren in Wiesbaden ergänzend zu bestehenden Fahrradbügeln abschließbare Fahrradcontainer, wie beispielsweise Sammelboxen oder Einzelgaragen eingerichtet werden können und dies als Pilotprojekt, ähnlich wie das Hamburger Projekt "Radboxen im Quartier" umgesetzt werden kann.
2. wie ein solcher Pilot aus dem vorhandenen Budget des Haushaltes beispielsweise am Elsässer Platz oder bei Immobilien städtischer Wohnungsbaugesellschaften verwirklicht werden kann.
3. wie Bürger:innen beteiligt werden können, hinsichtlich geeigneter Standorte und Nutzungsoptionen der Radboxen.

## 8. 25-F-15-0027

### **Sachstandsbericht zur `Wallauer Spange`**

- Antrag der Fraktion FWG/Pro Auto vom 03.06.2025 -

Der Ausschuss für Mobilität wird gebeten zu beschließen:

Der Magistrat möge berichten:

1. Wie ist der aktuelle Sachstand zum Bau der sogenannten `Wallauer Spange`?
2. Wann ist mit der Inbetriebnahme der Strecke zu rechnen? Gibt es weitere Verzögerungen zum bisherigen Zeitplan?

## 9. 25-F-15-0028

### **Linksabbiegerspur am Dürerplatz öffnen**

- Antrag der Fraktion FWG/Pro Auto vom 03.06.2025 -

Der Ausschuss für Mobilität wird gebeten zu beschließen:

Der Magistrat wird gebeten:

Am Dürerplatz die Linksabbiegerspur von der Aarstraße kommend stadteinwärts so zu öffnen, dass ein sogenannter `U-Turn` in die andere Richtung der Aarstraße (stadtauswärts) wieder möglich ist.

## 10. Verschiedenes

---

<sup>7</sup> [hauptbericht-wirkung-von-radverkehrsinfrastruktur.pdf](#)

## Tagesordnung II

1. **25-V-05-0007** **DL 10/25-2**

Öffentlicher Dienstleistungsauftrag Direktvergabe

2. **23-F-63-0097** **DL 10/25-1**

Der Brückenschlag als Chance - Innenstadt entlasten, Verkehrswende vorantreiben  
- Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die LINKE. und Volt vom 11.09.2023 -

## Tagesordnung III Nichtöffentliche Beratung

1. **25-F-16-0005**

Fahrlehrer bei ESWE Verkehr  
- Antrag der Fraktion BLW/ULW/Wardak vom 02.06.2025 -

Hinweis: Der nichtöffentliche Antrag wird den Mitgliedern des Mobilitätsausschusses zur Verfügung gestellt.

Falls ein Ausschussmitglied an der Teilnahme verhindert sein sollte, wird um Weitergabe der Einladung gemäß § 62 HGO gebeten.

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt der Ausschuss nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

**Kraft**  
**Vorsitzender**